

## **Zum 15. Jahrestag des Beitritts der DDR zur BRD**

**Gemeinsame Erklärung der unterzeichnenden Verbände, erarbeitet vom Berliner Alternativen Geschichtsforum**

### ***Zur gegenwärtigen Lage in Deutschland***

Bundesregierung und Bundestagsparteien feiern am 3. Oktober 2005 den Jahrestag der „Wiedervereinigung“ des von der Adenauer-Regierung mit Hilfe der Westmächte gespaltenen Deutschlands. Tatsächlich erfolgte 1990 keine Wiedervereinigung, sondern ein Anschluß der DDR an die Bundesrepublik. Die innere Einheit des deutschen Volkes, dessen Teile vierzig Jahre getrennt lebten, steht fünfzehn Jahre später immer noch aus.

Unser Land befindet sich gegenwärtig in einer tiefen gesellschaftlichen Krise: Die Wirtschaft stagniert. Fast 5 Millionen Erwerbsfähige sind als arbeitslos registriert. Die Einkommen der Mehrheit der Bevölkerung sinken seit längerem, ihre Ausgaben steigen. In allen öffentlichen Haushalten wachsen die Schulden, nicht zuletzt wegen der Steuersenkungen für Vermögende. Hohe Arbeitslosigkeit und sinkende Unternehmensbeiträge verursachen leere Sozialkassen. Parallel steigen die Profite des großen Kapitals. Spitzenmanager erhalten exorbitante Zahlungen, selbst wenn sie unfähig sind. So nehmen die sozialen Unterschiede ständig zu. Wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung großer Bevölkerungsgruppen steigert deren Unzufriedenheit.

Politik und Medien führen die wirtschaftliche Misere neben der Globalisierung und der ausbleibenden Konjunktur vor allem auf die großen „Lasten“ der wiedererlangten staatlichen Einheit zurück. Sie wollen vergessen machen, dass die bewußte Umverteilung der Einkünfte und Vermögen von unten nach oben anhält. Solange die DDR ihren Bürgern während des Sozialismusversuchs soziale Sicherheit garantierte, hemmte dies im Westen den Abbau von Sozialleistungen des kapitalistischen Staates. Seit 1990 können Wirtschaft und Politik gesellschaftliche Belastungen leichter als früher den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft aufbürden, vor allem den abhängig Beschäftigten, den Arbeitslosen, den Rentnern, den Behinderten und den Kindern. Den Westdeutschen wird eingeredet, sie müssten alleine u.a. mit dem Solidaritätszuschlag die Einheit finanzieren, obwohl diese Sondersteuer auch im Beitrittsgebiet erhoben wird. Die Ostdeutschen sind faktisch immer noch Bürger zweiter Klasse, müssen länger arbeiten, erhalten niedrigere Löhne, Gehälter und Renten.

Nach 1990 gaben die Herrschenden auch ihre seit der Niederlage im 2. Weltkrieg geübte außenpolitische Zurückhaltung auf. Sie streben wieder offen nach größerem Einfluß in Europa und in der Welt. So fordern sie einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Der Aufbau mobiler Einsatzkräfte der Bundeswehr soll künftige weltweite deutsche Militärationen ermöglichen. Mit dem Einsatz der Bundeswehr im Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien und in anderen Ländern wurde die Lehre des 2. Weltkriegs aufgegeben, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf – eine Lehre, die in der DDR beherzigt worden war: Sie war der einzige Staat in der deutschen Geschichte, der sich an keinem Krieg beteiligte.

### ***Wie kam es zum Anschluss der DDR an die BRD?***

In der DDR führte 1989/90 eine Volksbewegung für mehr Demokratie zu wachsender Handlungsunfähigkeit des Staates, die konterrevolutionäre Kräfte nutzten. Viele DDR-Bürger forderten Meinungsfreiheit, vor allem aber die D-Mark sowie unbegrenzte Konsum- und Reisemöglichkeiten. Bei den westgesteuerten „freien“ Wahlen am 18. März 1990 erreichten die konservative „Allianz für Deutschland“ (Ost-CDU, CSU-Ableger DSU, Demokratischer Aufbruch) und die FDP eine Mehrheit der Mandate. Diese Parteien und ihre westdeutschen Ziehmütter hatten vorher den DDR-Bürgern eine baldige Währungsunion und demnächst „blühende Landschaften“ versprochen. Den Deutschen in Ost und West blieb echte demokratische Mitwirkung an der Gestaltung der Einheit verwehrt.

Unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl wurde auf den im Grundgesetz vorgesehenen demokratischen Weg der Vereinigung beider deutscher Staaten verzichtet. Der Beitritt der DDR erfolgte, indem der Geltungsbereich des Grundgesetzes einfach auf die in Bildung befindlichen ostdeutschen Länder und Ostberlin ausgedehnt wurde. Die Verantwortlichen wollten auf diese Weise jede Bewahrung von DDR-Erreugnishaften im gemeinsamen Staat ausschließen. Die DDR-Übergaberegierung von Lothar de Maizière mißachtete im Einigungsprozeß eklatant ihre sich aus der DDR-Verfassung ergebende Pflicht, die Interessen der ostdeutschen Bürger zu wahren. Nur die Fraktion der PDS in der Volkskammer forderte einen anderen Weg zur staatlichen Einheit. Die DDR-Bevölkerung stolperte teilweise recht euphorisch in die kapitalistische Gesellschafts- und deren Staats- und Rechtsordnung.

### **Was hat der Beitritt den Bürgern im Osten wirklich gebracht?**

Die meisten früheren DDR-Bürger verloren ihre vertrauten Lebensgrundlagen. Ihre wohlbegründeten Ansprüche aus dem früheren Volkseigentum gingen unter. Sie wurden massenhaft enteignet. Betriebe und Institutionen der DDR wurden "abgewickelt" bzw. an Westdeutsche oder Ausländer privatisiert. Westdeutsche Konzerne übernahmen die Marktanteile der ostdeutschen Wirtschaft in den osteuropäischen Ländern und anderen Teilen der Welt. Die Treuhandanstalt tat nichts zum Erhalt der Volkswirtschaft in den ostdeutschen Bundesländern, sondern überließ sie dem Kapital zur Ausplünderung. Sie veräußerte das Vermögen der DDR mit ca. 650 Milliarden D-Mark Verlust. Nur etwa ein Drittel der Betriebe blieb mit auf 10 bis 15 % reduzierten Belegschaften erhalten. Der Einigungsvertrag begründete zudem Altschulden der Betriebe neu, indem Verrechnungsvorgaben gegenüber dem Staatshaushalt der DDR in Zahlungsverpflichtungen gegenüber westdeutschen Banken umgewandelt wurden. Ein großes Investitionshemmnis bildete die Regelung, dass die Rückgabe von Vermögenswerten an Alteigentümer Vorrang vor deren Entschädigung hatte.

Millionen Beschäftigte aller Wirtschaftszweige und viele DDR-Intellektuelle fanden sich plötzlich arbeitslos auf der Straße wieder. Ihre Lebens- und Berufserfahrungen sind entwertet, die in der DDR erworbenen Abschlüsse an Hoch- und Fachschulen werden oft nicht anerkannt. Die Mehrzahl der höheren Leitungsfunktionen in allen gesellschaftlichen Bereichen übernahmen Westdeutsche, nicht selten "im Stau stehende" Minderqualifizierte.

Natürlich vollzogen sich seit 1990 in den neuen Bundesländern auch positive Veränderungen: Die Infrastruktur (Straßen, Kommunikationsverbindungen, Wasser- und Abwasserleitungen, Strom- und Gasleitungsnetze) sowie einige wenige Betriebe und viele Wohnhäuser wurden modernisiert. Neue Häuser, Handels- und Logistikzentren, aber auch große Bürobauten entstanden. Billige Grundstücke und erhebliche staatliche Fördermittel ließen die Investoren aus dem Westen mit hohen Renditen rechnen. Deshalb wurde nicht selten am Bedarf vorbei investiert. Jetzt stehen viele Wohnungen und Büroflächen leer. Der Aus- oder Aufbau sogenannter industrieller „Leuchttürme“ kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Osten nach einer weitgehenden Deindustrialisierung ein selbsttragender Aufschwung noch längst nicht in Sicht ist.

Seit 1990 kommen viele früher in der DDR produzierte Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs sowie langlebige Konsumgüter aus den alten Bundesländern, meist über weite Wegstrecken. Die aus ihrem Verkauf resultierenden Gewinne und Steuern fließen in den Westen zurück. Seit dem Anschluß hängen die ostdeutschen Länder und Kommunen am Tropf finanzieller Transfers aus dem Westen. Quelle der Transferzahlungen sind nicht etwa die von westdeutschen Unternehmen bzw. Banken im Osten erzielten Zusatzgewinne. Vielmehr werden die einfachen Bürger in West wie Ost durch erhöhte Steuern und Sozialabgaben kräftig belastet. Diese Umverteilung zugunsten der Vermögenden kulminiert in der "Steuerreform" und der "Agenda 2010" von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Derzeit verfügen 4,5 % der Haushalte über 42,3 %, aber 50 % der Haushalte nur über 10 % der Netto-Geldvermögen. Betriebe sowie Grund und Boden gehören heute im Osten zu einem beträchtlichen Teil neuen Eigentümern aus dem Westen. Zu ihnen zählen Nachkommen von Alteigentümern, die nach 1945 in der SBZ/DDR entsprechend den Beschlüssen der Anti-Hitler-Koalition wegen ihrer Teilnahme an Verbrechen der deutschen Faschisten bzw. ihrer maßgeblichen Mitwirkung an dem von Deutschland geführten Eroberungs-, Raub- und Vernichtungskrieg enteignet wurden.

Die Arbeitslosenrate in den fünf ostdeutschen Ländern und im Ostteil Berlins liegt trotz der Abwanderung von zwei Millionen Ostdeutscher seit langem mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Wegen der anhaltenden Abwanderung meist jüngerer Menschen kommt es zu erheblichen Verwerfungen in der demographischen Struktur.

Von den Ostdeutschen wird nach wie vor erwartet, dass sie ihr Leben in der DDR negativ bewerten und sich für frühere Loyalität gegenüber dem sozialistischen deutschen Staat rechtfertigen. So genannte „Staatsnähe“ in der DDR schließt die Übernahme der meisten staatlichen oder kommunalen Funktionen aus. Alle aus dem Osten stammenden Rentner erhalten nur knapp 88% der Altersbezüge Westdeutscher. In Täuschungsabsicht wird erklärt, Ostrentner hätten früher nicht in die westdeutschen Rentenkassen eingezahlt und somit keinen Grund zur Klage über zu niedrige Renten. Dabei finanzieren sich alle aktuellen Renten- und ebenso Pensionszahlungen aus den laufenden Beiträgen zur Rentenversicherung bzw. Steuern. Erhebliche strafweise Kürzungen von Rentenansprüchen früherer DDR-Bürger hat das Bundesverfassungsgericht erst nach vielen Jahren teilweise für grundgesetzwidrig und nichtig erklärt. Die sogenannte „Systementscheidung“, mit der in der DDR mit gesetzlich geregelten Beitragszahlungen erworbene Versorgungsansprüche (darunter Rentenansprüche der Intelligenz) einfach beseitigt wurden, hat das Bundesverfassungsgericht unter Verletzung der verfassungsrechtlichen Eigentumsgarantie und von völkerrechtlichen Regeln ausdrücklich sanktioniert. Betroffen von Strafrenten sind Tausende Angehörige aller Berufsgruppen, insbesondere aber Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Amtes

für Nationale Sicherheit, leitende Mitarbeiter des Staatsapparates sowie der früheren DDR-Parteien und deren Hinterbliebene.

Schwerwiegendste Maßnahme bei der Abrechnung mit der DDR ist die politische Strafverfolgung von ehemaligen Grenzsoldaten, Offizieren und Generalen, Richtern und Staatsanwälten, Polizisten, Sportfunktionären, Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit und weiteren Berufsgruppen sowie von Mitgliedern der Regierung und der SED-Führung. Sie wurden vor Gericht gestellt, weil sie pflichtgemäß DDR-Recht durchsetzten. Die BRD-Justiz beugte massiv das Recht durch die Mißachtung des Rückwirkungsverbots und der Verfolgungsverjährung. Der Strafverfolgung waren rund 100.000 Beschuldigte ausgesetzt, von denen schließlich ca. 1.200 angeklagt und etwa 650 verurteilt wurden. Allein schon das Missverhältnis zwischen der Zahl der Verfolgten und der Verurteilten führt die Behauptung ad absurdum, die DDR sei ein „Unrechtsstaat“ gewesen. Die Justiz folgte der Orientierung, den früheren politischen Gegner zwar nicht wegzusperren, aber ihn wirtschaftlich zu erledigen. Neben den ehrabschneidenden Schuldsprüchen belasten nunmehr hohe Verfahrenskosten die meist nicht mehr ganz jungen "Verurteilten" bis an ihr Lebensende. Die Gerechtigkeit erfordert eine juristische Rehabilitierung der unter Mißachtung der Staatsimmunität zu Unrecht Verurteilten.

Für Nutzer von Freizeit- und Erholungsgrundstücken, die schon jetzt mit mehrfach erhöhten Nutzungsentgelten, mit zusätzlichen Beiträgen, Steuern und Gebühren belastet sind, sieht ein grundgesetzwidriges Sonderrecht Ost in Gestalt des Schuldrechtsanpassungsgesetzes vor, dass sie ihres zu DDR-Zeiten geschaffenen Eigentums an Baulichkeiten und baulichen Anlagen beraubt werden; Gleiches gilt für die Besitzer von Eigentumsgaragen. Bereits in den vergangenen Jahren wurden Zehntausende Nutzer zum entschädigungslosen Verzicht auf ihr Eigentum zugunsten der neuen Inhaber von Grund und Boden gezwungen.

Die "Vereinigung" beider deutscher Staaten erweist sich insgesamt als eine Restauration der kapitalistischen Verhältnisse im Osten. Seit 1990 organisierten die politisch Verantwortlichen und die von ihnen repräsentierten Banken und Konzerne auf dem früheren Gebiet der DDR einen sozialökonomischen Umbruch, der nach Tempo und Umfang mit der Okkupation eines im Krieg besiegten Landes durch die gegnerische Seite vergleichbar ist. Durchaus zutreffend wird von Kolonialisierung gesprochen. Mit allen Mitteln der Meinungsmanipulation wird immer noch der gescheiterte Sozialismusversuch in der DDR verunglimpft, um die gegenwärtig in ganz Deutschland herrschende kapitalistische Ordnung als alternativlos erscheinen zu lassen.

### ***Welche „Lasten“ sind durch den Beitritt der DDR zur BRD tatsächlich entstanden?***

Das Gerede von den „Lasten“ der Einheit erweist sich als leeres Geschwätz. Es dient dem Ziel, nach dem Untergang der DDR wesentliche Seiten des Sozialstaates in ganz Deutschland zu beseitigen. So wurden nicht nur früher in der DDR garantierte soziale Menschenrechte liquidiert, wie das Recht auf Arbeit, kostenlose Bildung und Gesundheitsfürsorge, preiswertes Wohnen, Teilhabe an der Kultur für alle Bevölkerungsgruppen, sondern auch sozialstaatliche Errungenschaften jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Kämpfe und früherer sozialdemokratischer Politik im Westen. In den ostdeutschen Bundesländern wird dabei gewissermaßen experimentell geprüft, was man der Bevölkerung zumuten kann. Fünfzehn Jahre nach dem Beitritt der DDR wird die Umverteilung von unten nach oben beschleunigt. Stagnierende Löhne, sinkende Nettorenten und die Hartz-IV-„Reformen“ bei anhaltender Inflation und wachsender Massen- und Dauerarbeitslosigkeit lassen die relative in die absolute Verelendung von abhängig Beschäftigten und nicht mehr Erwerbstätigen hinüberwachsen. Gravierende soziale Unsicherheit, Hoffnungslosigkeit, Angst und wachsende Kriminalität gefährden bürgerliche Freiheitsrechte sowie das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie. Das ist ein Nährboden für das Wirken rechtsradikaler und neofaschistischer Kräfte.

### ***Wie kann die Einheit vorangebracht werden?***

Um die Benachteiligung des Ostens schneller zu überwinden, müssen die Betroffenen sich selbst entschlossener bemühen, ihre Interessen durchzusetzen. Den Sozialverbänden, Gewerkschaften, Menschen- und Bürgerrechtsvereinen und anderen Zusammenschlüssen Betroffener sowie den im linken Spektrum wirkenden Politikern bleibt die Aufgabe,

- Widerstand gegen jeden Demokratie- und Sozialabbau vielfältiger zu organisieren,
- dabei alle legal möglichen Kampfformen zu nutzen,
- zur Koordinierung gemeinsamen Widerstandes demokratisch breite soziale Bündnisse zu schaffen.

Sie sollten dazu beitragen, ein wahrheitsgemäßes Bild der Vorzüge und Defizite des in der DDR realisierten sozialistischen Experiments zu verbreiten und dessen Errungenschaften, insbesondere auf sozial-, gesundheits- und bildungspolitischem Gebiet, als Leitbilder im Kampf gegen den weiteren Sozialabbau zu nutzen.

Der 15. Jahrestag des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik bietet einen Anlaß, Versäumnisse bei der Realisierung des Einigungsvertrages zu beseitigen sowie die Diskriminierung und Ausgrenzung Ostdeutscher zu beenden. Mit Nachdruck ist darauf hinzuweisen, dass zur Vollendung der deutschen Einheit eine vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossene Verfassung gehört.

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde GBM e.V.  
Deutscher Friedensrat e.V.  
Europäisches Friedensforum epf – Deutsche Sektion  
Volkssolidarität Landesverband Berlin e.V.  
Bürgerverein Vorstadt Strausberg e.V. (BVV)  
Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V. (VDJ)  
Demokratischer Frauenbund dfb e.V.  
Akademischer Ruhestandsverein ARV e.V.  
Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft  
Verband Deutscher Grundstücksnutzer VDBG e.V.  
Verband der Kleingärtner, Siedler und Grundstücksnutzer VKSG e.V.  
Freundeskreis der Sportsenioren  
Berliner Alternatives Geschichtsforum  
Verband für Internationale Politik und Völkerrecht  
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten VVN/BdA e.V.  
Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. GRH  
Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter  
Organe und der Zollverwaltung der DDR ISOR e.V.  
Initiative für gerechte Altersversorgung  
Sozialer Arbeitskreis Treptow  
Interessengemeinschaft FDGB – 15. Juni 1945  
INFO-DIENST Aufklärung e.V.